



## Niederschrift 14. öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 11.03.2021  
**Sitzungsbeginn:** 18:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:27 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze DIE LINKE

#### Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD  
Herr Pete Heuer SPD  
Frau Dr. Mechthild Rüniger Bündnis 90/Die  
Grünen  
Herr Sascha Krämer DIE LINKE  
Herr Götz Thorsten Friederich CDU

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Jens Dörschel Bündnis 90/Die in Vertretung für Frau Bartelt  
Grünen  
Herr Helmar Wobeto AfD in Vertretung für Herrn Friese

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Frau Wiebke Bartelt Bündnis 90/Die entschuldigt  
Grünen  
Herr Christian Kube DIE aNDERE entschuldigt  
Herr Daniel Friese AfD entschuldigt

#### zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis unentschuldigt

#### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Katharina Tietz DIE aNDERE entschuldigt

#### Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis unentschuldigt

**Gäste:**

Herr René Gentsch, Antikorruptionsbeauftragter (TOP 1 bis TOP 3)  
Herr Ralf Krawinkel, Fachbereichsleiter Feuerwehr (TOP 1 bis TOP 7)  
Frau Sylvia Hofmann, Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes  
Herr Daniel Hagen, Prüfer im Rechnungsprüfungsamt

**Schriftführer/in:**

Frau Andrea Rüniger, Rechnungsprüfungsamt

**Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.01.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Vorstellung des Antikorruptionsbeauftragten der Landeshauptstadt Potsdam Rechnungsprüfungsamt
- 4 Überweisungen aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 18.02.2021
- 4.1 Finanzierungsvereinbarung zwischen LHP und ViP  
Vorlage: 21/SVV/0080  
Fraktion AfD
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

**Niederschrift:****Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere den Antikorruptionsbeauftragten Herrn Gentsch und den Fachbereichsleiter Feuerwehr Herrn Krawinkel.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.01.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Zu Beginn der Sitzung sind acht stimmberechtigte Mitglieder anwesend, damit ist der Rechnungsprüfungsausschuss **beschlussfähig**.

Die Ladung erfolgte **ordnungsgemäß**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.01.2021 gibt es keine Einwendungen; die Niederschrift wird **bestätigt**.

Die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung wird **bestätigt**.

### zu 3 **Vorstellung des Antikorruptionsbeauftragten der Landeshauptstadt Potsdam**

Rechnungsprüfungsamt

Seit dem 01.03.2021 ist Herr René Gentsch Antikorruptionsbeauftragter der Landeshauptstadt Potsdam (LHP). Die Aufgabe der Korruptionsprävention ist seit 2021 organisatorisch wieder im Rechnungsprüfungsamt angesiedelt.

Herr Gentsch stellt sich den Ausschussmitgliedern vor und berichtet u. a. über seinen beruflichen Werdegang, seine Erfahrungen, warum er sich bei der LHP für diese Aufgabe beworben hat und was er in der LHP bewirken will.

Im Anschluss gehen Frau Hofmann und Herr Gentsch auf die Fragen von Herrn Dörschel und Frau Dr. Rüniger ein:

- zum Aufgabenumfang des Antikorruptionsbeauftragten
- zu Transparenzthemen (insbesondere bezogen auf den Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung)
- zur Umsetzung von internen Kontrollmaßnahmen, wie bspw. eventuelle intervallmäßige Personal- bzw. Aufgabenrotationen und
- zur Digitalisierung in der Verwaltung bzw. zum Fortschritt elektronischer Aktenführungen.

Weitere Fragen gibt es nicht. Herr Gentsch verlässt die Sitzung.

### zu 4 **Überweisungen aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 18.02.2021**

#### zu 4.1 **Finanzierungsvereinbarung zwischen LHP und ViP**

**Vorlage: 21/SVV/0080**

Fraktion AfD

Herr Wobeto führt aus, dass seine Fraktion neben diesem Antrag auch eine Kleine Anfrage gestellt hat, deren Beantwortung zwischenzeitlich vorliegt.

Seiner Meinung nach sei die haushalterische Abwicklung durch die unterschiedlichen Buchführungssysteme des Landes Brandenburg (Kameralistik) und der Landeshauptstadt Potsdam (Doppik) problematisch. Verpflichtungsermächtigungen und übertragene Ermächtigungen seien nicht miteinander verrechenbar. Er erklärt, dass es sich bei Haushaltsübertragungen und Verpflichtungsermächtigungen um kamerale Instrumente handele. Im Übrigen werde in der Haushaltssatzung zu Verpflichtungsermächtigungen der Betrag null Euro ausgewiesen. Dies solle vom Rechnungsprüfungsamt überprüft werden.

Die Vorsitzende informiert, dass – nach Auskunft des Rechnungsprüfungsamtes - dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt (GB 4) eine Teilnahme an der heutigen Sitzung nicht möglich und ein Ansprechpartner der Geschäftsstelle Haushalt (103) im Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen

und Controlling (GB 1) nicht zu erreichen war.

Frau Schulze unterbreitet folgende Verfahrensvorschläge:

- Antrag auf Grund der Beantwortung der Kleinen Anfrage 21/SVV/0100 „durch Verwaltungshandeln erledigt“ erklären oder
- Antrag bis zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 29.04.2021 zurückstellen und einen Vertreter des Geschäftsbereiches Finanzen, Investitionen und Controlling (GB 1) einladen (Beratung im Ausschuss für Finanzen am 21.04.2021 vorgesehen).

Frau Dr. Rürger würde zunächst die fachliche Beratung im Ausschuss für Finanzen abwarten wollen. Herr Heuer und Herr Friederich erfragen die grundsätzliche Position des Rechnungsprüfungsamtes dazu.

Nach Einordnung durch Frau Hofmann ist das Thema grundsätzlich einer Prüfung zugänglich und das Rechnungsprüfungsamt würde einen Prüfauftrag annehmen, sofern vom Hauptausschuss oder der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

In Vorbereitung auf diese Sitzung hat sich das Rechnungsprüfungsamt mit den Drucksachen befasst. Danach kann zunächst bestätigt werden, dass im aktuellen Haushaltsplan (und auch bereits in Vorjahren) drei Investitionen einzahlungs- und auszahlungsseitig geplant sind: Barrierefreiheit, Straßenbahnersatzbeschaffung und Investitionen nach dem ÖPNVFG, wobei letztere nicht konkreter zweckuntersetzt sind.

Für diese Investitionen erhält die Landeshauptstadt Förderungen des Landes und hat diese in Vorjahren bereits erhalten. Das Rechnungsprüfungsamt hat sich durch Einsichtnahme in die Sachkonten der Finanzbuchhaltung davon überzeugt, dass die von der Verwaltung als bereits erhaltene Mittel - wie angegeben - auch geflossen sind. Die Mittel sind in den Verbindlichkeiten bzw. im Sonderposten auf Anzahlung gebucht und sind insoweit verfügbar. Mit dem Beschluss (nachrichtlich für das Protokoll: Drucksache 20/SVV/1249) werden die bereits geplanten Mittel letztlich zusammengefasst einem Zweck zugeführt, der sich aus den oben dargestellten drei Fördertatbeständen ableiten lässt.

Die Verwaltung legt in der gleichlautenden Kleinen Anfrage des Antragstellers, DS 21/SVV/0100 zutreffend dar, dass nach § 24 Abs. 3 KomHKV bei zweckgebundenen Einzahlungen - wie hier vorliegend - die Ermächtigungen zur Leistung der Auszahlungen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung verfügbar bleiben. Ermächtigungen für Investitionsauszahlungen bleiben im Übrigen nach § 24 Abs. 2 KomHKV bis zu zwei Jahre nach Abschluss (Inbetriebnahme) verfügbar. Die Einsichtnahme in die Sachkonten der Auszahlungen bestätigt die Fortschreibung der bereits geplanten Ansätze o. g. Investitionsmaßnahmen durch Ermächtigungsübertragung.

Die Mitglieder nehmen die Ausführungen von Frau Hofmann zur Kenntnis und haben keine weiteren Fragen.

Die Vorsitzende empfiehlt, die fachliche Diskussion im Ausschuss für Finanzen zu führen und stellt folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

**Der Rechnungsprüfungsausschuss erklärt, dass sich der Antrag der Fraktion AfD, DS 21/SVV/0080, durch die Beantwortung der Frage 5 zur Kleinen Anfrage der Fraktion AfD, DS 21/SVV/0100, durch Verwaltungshandeln erledigt hat.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 5      Mitteilungen der Verwaltung**

keine